

Fracking verbieten, Klima schützen, Energiewende voranbringen

Berlin, den 22. September 2015

Sehr geehrter Herr Kauder,
sehr geehrter Herr Oppermann,
sehr geehrter Herr Dr. Fuchs,
sehr geehrter Herr Dr. Nüßlein,
sehr geehrte Frau Vogt,
sehr geehrter Herr Heil,

die Verhandlungen über das Fracking-Regelungspaket, die vor der Sommerpause aufgrund von unüberbrückbaren Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD auf Eis gelegt worden sind, sollen wieder aufgenommen werden.

Wir als Vertreter aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wie Kirche, Gewerkschaft, Umweltschutz und Entwicklungspolitik, möchten Sie an dieser Stelle an die Gefahren des Fracking für die Natur, das Klima und die menschliche Gesundheit erinnern. Fracking und die Verpressung von Lagerstättenwasser können zur Verunreinigung von Boden, Trink- und Grundwasser führen; Fracking verursacht zudem einen enormen Wasser- und Flächenverbrauch. Das vorgeschlagene Rechtsänderungspaket enthält keinen ausreichenden Schutz vor diesen und anderen Gefahren des Fracking und des Umgangs mit Lagerstättenwasser.

Die Verabschiedung des Fracking-Gesetzpakets würde das Zeitalter der klimaschädlichen fossilen Energien künstlich verlängern und hohe finanzielle und ökologische Kosten für die Allgemeinheit verursachen. Mittlerweile haben ungefähr 2.500 Städte und Gemeinden in Deutschland Resolutionen gegen Fracking verabschiedet und bezeichnen sich als „frackingfrei“. Kirchen, Wasserversorger, Umweltschutz- und Entwicklungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften sowie VertreterInnen der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie haben sich in den vergangenen Monaten kritisch zu dem vorliegenden Gesetzespaket geäußert. Der Trinkwasserversorgung ist immer Vorrang vor der Rohstoffgewinnung zu gewähren. Allein die Öl- und Gasindustrie begrüßt das Regelwerk.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Anders als von den Unternehmen der Erdöl- und Erdgasgewinnung behauptet, würde der Einsatz von Fracking in Deutschland keinen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten oder die Energiepreise senken – dazu sind die vermuteten Vorkommen, die in Deutschland mithilfe von Fracking gewonnen werden könnten, zu klein. Die Erfahrung in anderen Ländern zeigt zudem, dass die Schätzungen der gewinnbaren Mengen im Verlauf der Erprobungsphase in der Regel nach unten korrigiert werden müssen.

Eine Ausweitung von Fracking in Deutschland würde angesichts dieser eher marginalen industriewirtschaftlichen Bedeutung arbeitsmarktpolitisch keine spürbaren positiven Wirkungen erwarten lassen, demgegenüber jedoch Arbeitsplätze in Branchen gefährden, die sauberes Trinkwasser produzieren, wie der Wasserwirtschaft, oder die auf sauberes Wasser angewiesen sind. Unter anderem solche in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie.

In seiner kürzlich erschienenen Enzyklika sieht auch Papst Franziskus es als „dringend geboten, politische Programme zu entwickeln, um in den kommenden Jahren den Ausstoß von Kohlendioxid und anderen stark verunreinigenden Gasen drastisch zu reduzieren, zum Beispiel, indem man die Verbrennung von fossilem Kraftstoff ersetzt und Quellen erneuerbarer Energie entwickelt“. Wenn staatliche Forschungsgelder für Probebohrungen bereitgestellt werden, steht die Förderung von Fracking in finanzieller Konkurrenz zur Durchsetzung der Energiewende. Wir fordern Sie daher auf, nicht auf die Verlängerung des fossilen Zeitalters zu setzen, sondern sich für ein Fracking-Verbot einzusetzen und im klimapolitisch wichtigen Jahr 2015 Deutschlands Ruf als Energiewendeland gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.



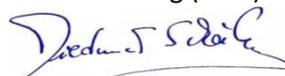
Frank Bsirske
Vorsitzender Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft ver.di



Claus-Harald Güster
Stellv. Vorsitzender Gewerkschaft
Nahrung-Genuss-Gaststätten



Leif Miller
1. Vizepräsident Deutscher
Naturschutzring (DNR) e.V.



Dietmar Schäfers
Stellv. Bundesvorsitzender IG Bauern-
Agrar-Umwelt



Roland Demleitner
Geschäftsführer Private Brauereien
Deutschland e.V.

PowerShift

campact!de
DEMOKRATIE IN AKTION

GREENPEACE

ROBIN WOOD



Klaus Seitz
Abteilungsleiter Politik, Brot für die Welt

Hermann Albers
Präsident Bundesverband WindEnergie (BWE) e.V.

Peter Fuchs
Geschäftsführender Vorstand PowerShift e.V.

Roland Hipp
Kampagnen-Geschäftsführer Greenpeace

Gerlinde Schermer
Sprecherin Berliner Wassertisch

Hans-Josef Fell
Energy Watch Group

Andy Gheorghiu
Bürgerinitiative Lebenswertes Korbach e.V.

Walter Klingner
Vorstandsmitglied BI Lebensraum Vorpommern e.V.

Gilbert Siegler
Hamburger Energietisch

Aktionsbündnis No Moor Fracking

Gudrun Kordecki
Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der EKD

Franziska Buch
Referentin für Energie und Klima, Umweltinstitut München e.V.

Christoph Bautz
Geschäftsführer Campact e.V.

Florian Kubitz
Vorstandssprecher ROBIN WOOD

Geert De Cock
Director EU-Affairs Food & Water Europe

Dr. Werner Zittel
Stiftungsvorstand Ludwig-Bölkow-Stiftung

Tim Steindamm
Bürgerinitiative Fracking freies Hessen e.V.

i.A. Karin Petersen
Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Bürgerinitiative frackingfreie Probstei

Bürgerinitiative frackingfreies Auenland

Bürgerinitiative frackingfreies Hamburg

Bürgerinitiative Gesundheit und
Klimaschutz Unterelbe

Bürgerinitiative Intschede

Bürgerinitiative Kein CO2-Endlager
Altmark

Bürgerinitiative Kein Fracking in der
Heide

Bürgerinitiative kein frack in wf

IG Schönes Lünne

NoFracking Bodensee-Oberschwaben

Umweltgruppe
Wiedenthal/Schaumburg